

Crossover

Soll eine sozial-ökologische Kräftekonstellation im Jahr 2017 keine Wunschvorstellung bleiben, muss sie durch intensive Debatten zwischen den linken Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen vorbereitet werden. Aus Sicht der SPD-Linken hat der Öffnungsbeschluss von Leipzig Möglichkeiten für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit auf Bundesebene eröffnet, die vorher SPD-intern blockiert waren. Andererseits erschwert die Einbindung der Partei in die große Koalition zugleich die langfristige und glaubwürdige Suche nach neuen Bündnissen. Es gilt, nicht nur auf bekannte Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu verweisen, sondern Brücken über die unterschiedlichen

*programmatischen Ansätze und Vertrauen zwischen den Akteuren zu bilden. Wird dieser Prozess allein machttaktisch und nicht als politisches Projekt verstanden, entsteht weder unter den beteiligten Akteuren noch in den jeweiligen Wählerklientelen Vertrauen. Mit der neuen Artikelserie **crossover** versucht spw, die diskursiven Schnittmengen zwischen progressiven Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu vergrößern und gemeinsame politische Gestaltungsperspektiven zu entwickeln. Zum Auftakt diskutieren Niels Annen und Stefan Liebich über das zwischen SPD und Linkspartei wohl am stärksten umstrittene Politikfeld der Außen- Sicherheits- und Friedenspolitik.* ■

Stolperfalle Militäreinsätze?

Streitgespräch: Niels Annen und Stefan Liebich

spw: Kaum ein Thema ist zwischen SPD und Linkspartei so umstritten wie der Einsatz von Militär. Diskutieren die Parteien differenziert genug darüber?

» **Liebich:** Man kann es sich beim Thema Militäreinsätze nicht schwer genug machen. Es handelt sich dabei um eine der schwierigsten Entscheidungen, die wir im Bundestag zu treffen haben. Wenn wir Soldaten ins Ausland schicken, gefährden wir nicht nur ihre Gesundheit und ihr Leben sondern auch das von Zivilisten im betreffenden Land. Das muss man sich also alles schon sehr gut überlegen.

» **Annen:** Dass es in der SPD in der Regel eine große Zustimmung zu Bundeswehrmandaten gegeben hat, heißt nicht, dass wir es uns leicht machen. Unsere heutige Haltung ist auch das Ergebnis einer Debatte innerhalb der SPD, die sich über viele Jahre entwickelt hat. Aber niemand macht es sich leicht

und es gibt auch in der SPD eine Handvoll von Kollegen, die zu einer anderen Entscheidung kommen. Das ist zu respektieren und Teil der Pluralität in unserer Partei.

spw: Wird die Debatte zu stark auf das Militär verkürzt?

» **Annen:** Es ist nicht die SPD, die die Debatte auf das Militär konzentriert. Die schwierigste Diskussion, die wir in diesem Zusammenhang gehabt haben ist neben Jugoslawien der Einsatz in Afghanistan gewesen. Wir haben damals mit der Afghanistan Task Force Kolleginnen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte, Verteidigung, Auswärtiges und Inneres an einen Tisch geholt.

Allerdings bringen Militäreinsätze häufig medienwirksamere Bilder hervor als Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe. Deswegen wird auch der Einsatz von Militär

im Bundestag intensiver diskutiert, aber das heißt nicht, dass dies unser politischer Schwerpunkt ist.

» **Liebich:** Es ist problematisch, dass der Bundestag generelle Debatten über Außenpolitik nicht zur Kernzeit führt. Ich hätte es gut gefunden, wenn wir die Diskussion, die auf der Münchner Sicherheitskonferenz begonnen wurde, im Plenum des Bundestages fortführen würden, darüber, was es konkret heißt, Deutschland solle seine Außenpolitik nicht nur von der Seitenlinie aus betreiben. Wir befürchten, dass man mit scheinbar kleinen Einsätzen im Einzelnen durchaus Gutes leistet, sich im Ergebnis aber in lauter Konflikten befindet, die schnell eskalieren können.

Statt Soldaten zu schicken, können wir Fachkräfte für den Kapazitätsaufbau in Krisenstaaten entsenden. Wenn wir unsere Kapazitäten in diesem Bereich offensiver in den Vordergrund rücken würden, gäbe es auch eine andere Form der Diskussion. Gerade die zivilen Möglichkeiten des Engagements müssen stärker in den Mittelpunkt der Debatte rücken.

» **Annen:** Es stimmt, dass wir im Plenum mehr Grundsatzdebatten über Außenpolitik brauchen. Mir ist es wichtig, Debatten, wie die auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Parlament mitaufzugreifen und zu begleiten. Ich habe nicht den Eindruck, dass es eine schleichende Militarisierung der Außenpolitik gibt, wie es die Linksfraktion der Bundesregierung und dem Bundespräsidenten vorwirft. Das wird vielleicht nach außen so wahrgenommen, weil wir gerade eine Reihe neuer Mandate beschließen. Die Anzahl der Soldaten, um die es geht, kann man aber fast an einer Hand abzählen. Im Ergebnis werden sogar weniger Soldaten im Ausland ihren Dienst tun, da wir den Großteil der Kampfgruppen aus Afghanistan abziehen.

Deutschland befindet in einer Situation, in der sich viele Erwartungen an uns richten. Das

kann man nicht einfach beiseite schieben. Für mich bedeutet „Außenpolitik nicht von der Seitenlinie zu machen“ übrigens genau das, was Frank Walter Steinmeier in den letzten Wochen gemacht hat: nämlich mit viel Energie, diplomatischen Instrumenten und politischem Druck zu verhindern, dass eine Krise eskaliert. Das ist eine sehr zivile und sehr sozialdemokratische Strategie und hat nichts mit Militarisierung zu tun.

» **Liebich:** Aber wenn die Verteidigungsministerin sagt, dass man bei Mord und Vergewaltigung nicht wegschauen darf, handelt es sich um eine wagemutige Grenzziehung für Militäreinsätze. Selbst wenn man über Responsibility to Protect, also Schutzverantwortung, redet, geht es um Genozid und Massenvertreibung und nicht um Mord und Vergewaltigung.

» **Annen:** Da bin ich Deiner Meinung.

» **Liebich:** Steinmeier hat gesagt, es dürfe keine Kultur des Heraushaltens geben. Die gab es aber auch nicht. Es wird jetzt behauptet, sämtliche Regierungen in der Vergangenheit hätten sich immer zurückgehalten und dies müsse sich ändern. Das finde ich bedenklich.

Auch in Gaucks Rede beurteile ich einige Aussagen kritisch. Er hat beispielsweise gesagt, Deutschland dürfe sich aufgrund seiner Geschichte nicht heraushalten. Es gibt aber gute Gründe mit ausdrücklichem Bezug auf die deutsche Geschichte, hinsichtlich des Einsatzes von Militär besonders zurückhaltend zu sein. Er hat außerdem mit Verweis auf das Spannungsverhältnis zwischen Legalität und Legitimität die Entscheidung, sich 1998 am Kosovoeinsatz zu beteiligen, gutgeheißen. Wenn wir uns aber nicht darauf einigen können, dass das Völkerrecht für alle gilt, nehmen andere für sich gleichfalls in Anspruch, es nach ihrem Gutdünken zu interpretieren.

Ich glaube zwar nicht, dass unser Land sich in ein militaristisches Land verwandelt, aber ich habe die Sorge, dass die Schwelle für die Zustimmung zu Militäreinsätzen abgesenkt werden soll.

» **Annen:** Ich stimme Frank Walter Steinmeiers Aussage zur Kultur der militärischen Zurückhaltung voll und ganz zu. Indem Westerwelle in der Vergangenheit mit Verweis auf die Kultur der militärischen Zurückhaltung dafür gesorgt hat, dass Deutschland sich aus jedem Konflikt herausgehalten hat, ist der Begriff entwertet worden. Es geht nun darum, ihm wieder die Relevanz zu verschaffen, die er mal gehabt hat. Wenn man aus dem Floskelhaften herauskommt, sind unsere Verbündeten auch eher bereit zu akzeptieren, dass Deutschland sich mit den Mitteln beteiligt, die uns zur Verfügung stehen. Das können auch militärische sein. Aber das wird sicher nicht der Regelfall sein.

Bundespräsident Gauck lobt in seiner Rede ausdrücklich das bisherige Engagement Deutschlands in seiner gesamten Bandbreite, auch das zivile. Er hat explizit die Instrumente erwähnt, die Deutschland im Bereich der zivilen Konfliktprävention entwickelt hat. Darüber bin ich sehr froh. Und darauf sind wir in der SPD auch ein wenig stolz, weil wir diese Instrumente unter Rot-Grün entwickelt haben.

spw: Wenn der Einsatz von Militär thematisiert wird, bewegt die Diskussion sich oft im Spannungsfeld von Legalität und Legitimität, von Menschenrechtsschutz auf der einen und Völkerrecht auf der anderen Seite. Wie positioniert sich die Linkspartei in diesem Spannungsfeld?

» **Liebich:** Unsere Partei hat eine sehr restriktive Haltung zu Militäreinsätzen. Einsätze nach Kapitel VII der UN-Charta lehnen wir generell ab. Das heißt nicht, dass wir zu allen Formen von Militäreinsätzen von vornherein Nein sagen. Einsätze zur Absicherung von

Friedensverträgen oder zur Katastrophenhilfe diskutieren wir durchaus offen. Praktisch bedeutet es jedoch ein uneingeschränktes Nein zu Kampfeinsätzen jeglicher Art – selbst wenn es für sie ein UN-Mandat gibt.

Auch wenn es viele schwierige Fälle geben mag, das Völkerrecht muss in jedem Fall eingehalten werden. Geschieht das nicht, nehmen auch andere Staaten für sich in Anspruch, sich nicht mehr daran halten zu müssen. Wir erleben in diesen Tagen, wie Russland in der Krimkrise genau die gleichen Formulierungen verwendet, wie die NATO damals im Kosovo-Einsatz – auch wenn ein völlig anderer Sachverhalt vorliegt.

» **Annen:** Eigentlich müsste die Linksfraktion das Vorgehen Russlands auf der Krim dann einhellig verurteilen. Aber ich höre in der Linkspartei einige Stimmen, die Putins Vorgehen rechtfertigen.

» **Liebich:** Auch in der Linkspartei, die im Osten immerhin eine Volkspartei ist, gibt es viele unterschiedliche Meinungen. Ich finde, wer den Völkerrechtsbruch von NATO, EU und Deutschland im Kosovo kritisiert hat, muss das heute auch bei Russland tun. Und ich hoffe, dass auch die Mehrheit in unserer Partei das so sieht. Es darf aus angeblich alter Freundschaft keinen Rabatt für Russland geben. Ich würde mir von CDU, SPD und Grünen wünschen, dass sie künftig strikt auf die Einhaltung des Völkerrechts pochen. Sonst machen wir es jenen, die das Völkerrecht irgendwie für sich interpretieren, wie es heute Russland tut, zu leicht.

» **Annen:** Gerhard Schröder hat ja in großer Offenheit über den Kosovokrieg gesprochen. Aber natürlich gibt es zwischen dem Kosovo damals und der Krim heute einen Unterschied. Auf der Krim hat es keine Tötung oder Verfolgung von Zivilisten gegeben, im ehemaligen Jugoslawien schon. Ob das im Nachhinein den völkerrechtswidrigen Einsatz

von Militär rechtfertigt, werden wahrscheinlich die Historiker entscheiden.

Ich bin durchaus der Meinung, dass wir als Europäer in Bezug auf die Ukraine viele Fehler gemacht haben. Es war falsch, die Ukraine vor die Entscheidung entweder EU oder Russland zu stellen. Das zeugt von Unkenntnis der Lage in der Ukraine. Aber das rechtfertigt nicht, was die Russen dort jetzt machen.

spw: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen SPD und Linkspartei im Bereich der Außenpolitik mit Blick auf eine mögliche Koalition?

» **Annen:** Ich glaube, dass wir uns mittelfristig aufeinander zubewegen können. Zentral ist meiner Meinung nach, sich darüber zu einigen, wie wir die Bündnisstrukturen bewerten, in die Deutschland eingebunden ist.

Bei der Linkspartei habe ich oft das Gefühl, dass sie davon ausgeht, unser Ansehen in der Welt würde steigen, wenn wir uns aus der NATO und den militärischen Strukturen der EU zurückzögen. Das halte ich für ein grundlegendes Missverständnis. Denn dann würde Deutschland isoliert, und Kräfte, die hier schlummern, würden keine Integrations- sondern nationale Politik betreiben. Das hielte ich für die größte Katastrophe für die deutsche Außenpolitik.

» **Liebich:** Ich bin absolut dagegen, dass Deutschland sich isoliert. Deutschland muss in Gemeinschaftsstrukturen eingebunden sein. Ich glaube auch, dass diese Position bei uns Mehrheiten findet. Die Frage ist nur, muss diese Gemeinschaft die NATO sein? Aus der westdeutschen Geschichte heraus ist sie nachvollziehbarer weise sicher ein Ort, an dem man sich orientiert. Doch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben Europa und die USA Chancen vertan. Damals gab es die Überlegung, die Sicherheit in Europa gemeinsam garantieren zu wollen. In der Frage um die NATO

wird es aber, denke ich, keine so hitzige Diskussion mehr geben wie einst zwischen SPD und Grünen.

Die größte Gefahr für die NATO besteht heute darin, dass die USA sich zurückziehen. Wenn dies geschieht, können wir darüber sprechen, ob die Forderung der Linkspartei, die NATO durch eine europäische Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands zu ersetzen, nicht eine sinnvolle Alternative darstellt. Die Aussage, dass Verträge gelten müssen, wird jeder vernünftige Mensch, auch in unserer Partei, unterschreiben. Wenn man in eine Regierung geht, weiß man, dass man sich auf bestimmte Strukturen einlässt, in denen Deutschland sich befindet. Das heißt aber nicht, diese als statisch hinzunehmen. Diejenigen, die einen Austritt aus der NATO fordern, sind auch bei uns in der Minderheit geblieben – ebenso wie diejenigen, die eine ersatzlose Auflösung der NATO wollen.

» **Annen:** Ich denke, dass wir über die NATO sprechen müssen, weil ich befürchte, dass eine mögliche rot-rot-grüne Bundesregierung an der Frage darüber zerbrechen könnte, ob sich deutsche Soldaten an einem möglichen NATO-Einsatz beteiligen sollen. Das muss man vorher besprechen. Sonst kann man das wichtigste Land der EU nicht gemeinsam regieren. Ich bin übrigens auch kein Freund der gegenwärtigen NATO-Politik. Aber wir haben als Europäer ein Interesse daran, die Amerikaner in unserem gemeinsamen Sicherheitssystem zu behalten. Einen möglichen Rückzug der USA aus der NATO sehe ich nicht als Chance sondern eher als Gefahr. Ich befürchte, dass sich dadurch unsere Einflussmöglichkeiten dramatisch reduzieren würden. Meiner Meinung nach trägt die NATO eher zur Stabilität in unserer Region bei. Das heißt aber nicht, dass sie sich nicht verändern sollte.

spw: Deutschland ist nach wie vor drittgrößter Rüstungsexporteur. Wie beurteilt Ihr

die Vereinbarungen zum Thema Rüstungsexporte im Koalitionsvertrag?

» **Liebich:** Unsere Partei möchte, dass Deutschland gar keine Waffen mehr exportiert. Das hängt auch damit zusammen, dass Deutschland inzwischen Platz drei der Rüstungsexportnationen einnimmt. Jeder Versuch, die Exporte zu begrenzen, hat bisher nicht gefruchtet. In jedem Konflikt tauchen aktuell deutsche Waffen auf. Das ist ein Problem.

Es macht mir auch Sorgen, wenn wir jetzt eine noch weniger transparente Rüstungsexportpolitik bekommen als mit der FDP in der Regierung. Es dürfen einfach keine Exporte in Kriegs- und Krisengebiete mehr stattfinden und es müsste, so wie es auch beim US-Kongress der Fall ist, die Möglichkeit geben, im Vorfeld im Parlament über Rüstungsexporte zu reden. Diesbezüglich haben wir mehr Übereinstimmungen mit den Grünen.

» **Annen:** Ich sehe die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag als einen sozialdemokratischen Erfolg. Zum einen haben wir beschlossen, dass die Rüstungsexportrichtlinien der rot-grünen Regierung, die Guido Westerwelle ignoriert hat, wieder verbindlich gelten sollen. Ich hätte auch nichts dagegen gehabt, dies in einem Gesetz festzuschreiben. Das war aber leider mit der Union nicht möglich. Mit einer rot-rot-grünen Bundesregierung wäre dies wahrscheinlich gelungen. Zum anderen sorgen wir für mehr, nicht für weniger Transparenz. Wir werden die Öffentlichkeit nicht erst ein Jahr nach den Entscheidungen über die Rüstungsexporte unterrichten. Stattdessen wird es nun zwei Berichte pro Jahr geben. Bei den Entscheidungen, die durch den Bundessicherheitsrat gehen, wird es eine unmittelbare Unterrichtung des Parlamentes geben.

Im SPD-Wahlprogramm haben wir gefordert – ähnlich wie in den USA – ein Gremium zu schaffen, das im Vorfeld von Rüstungsexporten an der Entscheidung darüber beteiligt

wird. Das habe ich persönlich allerdings nie für eine gute Idee gehalten, weil ich mir die amerikanische Praxis angesehen habe. Der amerikanische Kongress versteht sich nämlich als Teil der Regierung. Bei uns kontrolliert das Parlament die Regierung. Ich möchte, dass wir als Parlamentarier die notwendigen Informationen bekommen, um die Regierung zu kontrollieren. Ich möchte aber nicht, dass das Parlament für Entscheidungen in Mithaftung genommen wird. Darüber soll die Regierung entscheiden. Daher ist sie gewählt. Durch unsere Politik muss sich die Rüstungsindustrie jetzt auf ganz andere Diskussionen einstellen. Sie musste bisher nur einmal im Jahr den Sturm der Entrüstung über sich ergehen lassen und nach einer Woche war alles wieder vergessen und sie konnte weitermachen wie bisher. Jetzt muss sie bei jeder strittigen Entscheidung überlegen, welche Wirkung dies auf die Öffentlichkeit hat. Natürlich kann man immer noch weiter gehen und eine Information über Vorabfragen könnte ich mir gut vorstellen. Es bleibt also für rot-rot-grün auch noch einiges an Verbesserungsmöglichkeiten.

Aber ein Gremium, das möglicherweise geheim tagt, aus dem man nicht berichten darf, ist problematisch. Dann kann die Regierung nämlich sagen: „Herr Liebich war doch im Vorfeld informiert.“ Aber Herr Liebich durfte darüber ja nicht berichten, auch wenn er möglicherweise dagegen gestimmt hat. Ich bin da skeptisch, auch wenn es nicht die Mehrheitshaltung in meiner Partei ist. Wichtig ist es, das Parlament endlich in die Lage zu versetzen, die Regierung auch hinsichtlich von Rüstungsexporten ordentlich zu kontrollieren und unter Druck zu setzen. Waffenlieferungen an Saudi-Arabien halte ich übrigens für falsch – egal unter welcher Regierung. ■

☞ Niels Annen, MdB ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Mitglied im SPD-Parteivorstand und Mitherausgeber der spw.

☞ Stefan Liebich, MdB ist Obmann der Linksfraktion im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags.

☞ Die Fragen stellte Myriam Riedel.